

Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer (CSU) über Verbesserungen beim Bundesteilhabegesetz, den neuen psychiatrischen Krisendienst und aktuelle Bauprojekte

## „Bei seelischen Notlagen wird künftig zeitiger geholfen“

Lange haben die Bayerischen Bezirke dafür gekämpft, jetzt ist das Bundesteilhabegesetz (BTHG) zum 1. Januar 2017 in Kraft getreten. Aber die Arbeit für das Projekt ist aus Sicht des oberbayerischen Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer damit noch nicht erledigt. Jetzt gelte es, „die legislativen Feinheiten auszutarieren“.

**BSZ Herr Mederer, warum muss denn jetzt am Bundesteilhabegesetz noch nachjustiert werden?**

**MEDERER** Wir haben jetzt im Vollzug die Möglichkeit, festzustellen, wo es konkret noch hakt und wo noch präzisiert werden muss. Allein in der Bezirksverwaltung in Oberbayern beschäftigen sich derzeit rund 80 Mitarbeiter neben ihrer täglichen Arbeit in zehn Arbeitsgruppen mit der reibungslosen Umsetzung des Gesetzes. Daneben gibt es noch Arbeitsgruppen mit den Verbänden der Leistungserbringer und beim Bayerischen Bezirkstag, um eine nahtlose Umsetzung in Bayern sicherzustellen.

**BSZ Welche Punkte müssen noch verbessert werden?**

**MEDERER** Wir hätten uns die Abgrenzung zwischen den Pflegeversicherungsleitungen und der Eingliederungshilfe eindeutiger gewünscht, und zwar zugunsten der Menschen mit Behinderung. Um diese Schnittstelle wird sicher noch gerungen

## „Der Begriff Behinderung wird neu definiert“

werden. Auch bei der Definition des Behinderungsbegriffs an sich wird man sehen, was herauskommt. Hier ist eine Evaluation bis 2023 geplant, um zu sehen, ob Personen schlechtergestellt werden würden. Solange arbeiten wir Bezirke mit dem bisherigen Behinderungsbegriff.

**BSZ Wo drückt noch der Schuh?**

**MEDERER** Bei der Umsetzung der Einkommens- und Vermögensgrenzen, die ja angehoben worden sind. Dies ist aus meiner Sicht auch sinnvoll und das richtige Signal für die Menschen mit Behinderung. Laut Gesetz sollen daraus für den Sozialhilfeträger aber keine Mehrkosten entstehen. Was das unterm Strich bedeutet, werden wir dann sehen.

**BSZ Welchen Punkt wollen Sie noch genauer geregelt haben?**

**MEDERER** Die schulische Bildung. Wir Bezirke stellen die Schulassistenz, damit Kinder mit Behinderung im Sinne der Inklusion an der Regelschule unterrichtet werden können. Was aber noch fehlt, ist die Regelung des pädagogischen Mehraufwands. Hier ist der Freistaat, sprich das Kultusministerium, in der Pflicht, damit Bildung wirklich inklusiv wird.

**BSZ Werden all diese Punkte nur die Bezirke vortragen?**

**MEDERER** Das geschieht alles in Abstimmung mit den anderen sechs bayerischen Bezirken und mit den Trägern der Einrichtungen in der Behindertenhilfe. Da ziehen wir schon

an einem Strang! Ich möchte auch nicht, dass es so klingt, als würde ich das Bundesteilhabegesetz schlecht reden. Das Gegenteil ist der Fall: Das Gesetz geht in die richtige Richtung und ist ein Fuß in der Tür. Ich habe sehr gehofft, dass es in dieser Legislaturperiode des Bundestags noch kommt. Nun muss es in der Praxis erprobt werden und dann können wir mit Änderungsvorschlägen kommen. Die Gelegenheit dazu ist da.

**BSZ Was kommt auf den Bezirk Oberbayern außer dem Bundesteilhabegesetz im neuen Jahr 2017 noch zu?**

**MEDERER** Die Pflegestärkungsgesetze II und III müssen umgesetzt werden. Auch das bindet zusätzliche Arbeitskraft. Wir müssen Überleitungsbescheide für alle Betroffenen erstellen, in Oberbayern sind das wohl an die 13 000 Bescheide.

**BSZ Warum das?**

**MEDERER** Weil jetzt nicht mehr die bisherigen Pflegestufen mit ihren drei Varianten gelten, sondern Pflegegrade. Diese Pflegegrade sehen fünf verschiedene Einstufungsmöglichkeiten vor. Damit will man der individuellen Situation der Betroffenen gerechter werden. Demenzerkrankungen werden viel stärker als bisher berücksichtigt.

**BSZ Ist es ein großer Aufwand, diese neuen Bescheide zu erstellen?**

**MEDERER** Ja, denn wir müssen unsere Bescheide der Pflegekassen abwarten und anhand derer dann den Betroffenen neue Kostenbescheide erstellen. Wichtig ist, dass bei der neuen Einstufung niemand schlechter gestellt werden darf als bisher. Um die neuen Bescheide rauszuschicken zu können, muss ein neues Softwaremodul eingespielt und getestet werden. Deshalb haben zwischen den Feiertagen auch viel mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten müssen als üblich.

**BSZ Welches große Thema wird den Bezirk Oberbayern 2017 noch bewegen?**

**MEDERER** Der psychiatrische Krisendienst soll bis Herbst dieses Jahres in ganz Oberbayern flächendeckend von neun bis 24 Uhr präsent sein. Bisher war das nur im Großraum München der Fall. Hierfür nehmen wir dann in der Endausbaustufe jährlich bis 7,4 Millionen Euro in die Hand.

**BSZ Aber diesen Dienst soll es doch in ganz Bayern geben. Wie viel kostet er für den gesamten Freistaat?**

**MEDERER** Erste Schätzungen gehen von knapp 20 Millionen Euro aus, wenn der Dienst nach dem Modell in Oberbayern aufgebaut werden sollte. Wir haben eine Zusage, dass der Freistaat sich an den Kosten beteiligen



Gemeinsam mit Stefan Pitroff, Mitarbeiter des Baureferats der Bezirksverwaltung, begutachtet Josef Mederer (rechts) die Baufortschritte bei der energetischen Sanierung der Zentrale des Bezirks Oberbayern an der Münchner Prinzregentenstraße.

FOTO PETER BECHMANN

gen will. Im Banne des Münchner Amoklaufs hat sich die Staatsregierung einen Ruck gegeben und will rund vier Millionen Euro übernehmen – auf Bayern bezogen. Das sind in etwa die Kosten für die Leitstelle, die dann die Einsätze koordiniert.

**BSZ Und der Freistaat steht zur Kostenübernahme?**

**MEDERER** Ja, davon gehe ich fest aus. Aber die Krankenkassen wollen sich leider nach wie vor nicht beteiligen, obwohl sie mit Sicherheit auch finanziell davon profitieren werden. Ich bin absolut davon überzeugt, dass der Krisendienst viele stationäre Klinikaufnahmen verhindern helfen kann. Ich hoffe, dass wir das auch im Laufe der Projeklaufzeit konkret belegen können.

**BSZ Was ändert sich rein praktisch?**

**MEDERER** Wenn bisher jemand den Notruf auslöst, weil eine Person eine psychische Krise hat, rücken zum Beispiel in der Regel der First Res-

## „Wir investieren viel Geld in die Liegenschaften“

ponder, der Notarzt, der Rettungswagen und die Polizei aus. Das kostet Geld und bindet aber vor allem diese Kräfte, sie fehlen dann für andere wichtige Notfalleinsätze. Mit dem neuen Krisendienst Psychiatrie können viele Problemlagen schon am Telefon mit unseren Spezialisten in der Leitstelle geklärt werden und bei Bedarf ist in jeder Region ein

Team von Spezialisten vor Ort in Rufbereitschaft, die direkt eingesetzt werden können. Ein Einsatz von Polizei und Rettungsdienst ist dann oftmals nicht mehr in diesem Umfang nötig. Auf diese Weise kann viel Not und Leid von Betroffenen und Angehörigen genommen werden, aber es entstehen auch weniger Kosten.

**BSZ Wieso Not und Leid?**

**MEDERER** Weil wir dann solche Krisensituationen in der Familie klären können und beispielsweise auch mangels anderer Optionen auch wesentlich weniger Zwangseinweisungen haben werden. Diese haben ja immer zur Folge, dass ein Mensch in eine geschlossene Station einer psychiatrischen Klinik eingewiesen wird. Durch den neuen Krisendienst sind hoffentlich viele dieser Zwangseinweisungen nicht mehr nötig. Denn entweder lassen sich die Problemlagen mit allen Beteiligten gut lösen und wir können auch eine ambulante Weiterbetreuung organisieren, oder aber der Betroffene geht freiwillig in die Klinik mit und beginnt dort eine Therapie mit der klaren Einsicht und Einstellung, dass diese notwendig ist. Das ist ein gewaltiger qualitativer und positiver Unterschied zum bisherigen Hilfesystem.

**BSZ Gibt es noch eine Großaufgabe für den Bezirk Oberbayern 2017?**

**MEDERER** Wir investieren sehr viel in unsere Liegenschaften. So geht im Verwaltungsgebäude zum Beispiel die energetische Sanierung weiter. Allein 2016 konnten wir durch diverse Maßnahmen, wie Nachtabsenkung, verbesserte Pumpensteue-

rung und Fenstertausch, unsere Heizkosten erneut um zehn Prozent senken. Und aufs Dach des Gebäudes, der gerade umgebaut wird, kommt eine Photovoltaikanlage. Bei allen Baumaßnahmen in Einrichtungen des Bezirks wird geprüft, ob eine Photovoltaikanlage Sinn macht. Mit dieser Eigenstromversorgung wollen wir unseren Beitrag zur Energiewende leisten. Das tun wir auch mit zwei

## „Ich wünsche mir konstruktiven und fairen Umgang“

Elektro- und zwei Hybridautos im Fuhrpark.

**BSZ Was ist eigentlich im kulturellen Bereich für 2017 vorgesehen?**

**MEDERER** Im Sommer haben wir wieder unsere Kulturtag „Zamma“, die sich inzwischen als inklusives Mitmach-Festival etabliert haben. Inklusion wollen wir aber auch in unseren Museen noch stärker thematisieren. Auf der Glentleiten gibt es jetzt schon ein Gebäude, das man mit allen Sinnen erleben kann. Konkret bedeutet dies, dass blinde Menschen viele Exponate mit den Händen ertasten können, Brailleschrifttafeln angebracht sind und Audio-guides angeboten werden.

**BSZ Da investiert der Bezirk Oberbayern 2017 ja eine ganze Menge Geld.**

**MEDERER** Ja, dafür haben wir auch einen 100 Millionen Euro umfassenden Vermögenshaushalt beschlos-

sen, ohne die sozialen Leistungen einzuschränken. Die größte Einzelinvestition ist aber die Generalsanierung unseres Berufsbildungswerks in München-Johanneskirchen.

**BSZ Was kann man da eigentlich lernen?**

**MEDERER** Junge Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung aus ganz Bayern können dort verschiedene Berufsabschlüsse erwerben, um sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Das zweite BBW in Bayern für diesen Personenkreis ist in Nürnberg.

**BSZ Und das funktioniert?**

**MEDERER** Wir können unsere Absolventinnen und Absolventen bestens vermitteln. Egal ob das Friseur, Mechaniker, Mediengestalter, Metallbauer oder Orthopädienschuhmacher sind, um nur einige der Berufe zu nennen, die man in Johanneskirchen erlernen kann.

**BSZ Was wünschen Sie sich persönlich für 2017?**

**MEDERER** Einen weiterhin konstruktiven und fairen Umgang im Bezirkstag und im Austausch mit den Verbänden. Dass die Staatsregierung die Anliegen der kommunalen Familie, insbesondere die sozialpolitischen Herausforderungen, wohlwollend prüft und umsetzt. Dass Berlin das Bundesteilhabegesetz weiterentwickelt. Und – ganz wichtig – dass die für die Eingliederungshilfe versprochene fünfte Milliarde Euro vom Bund den Bezirken direkt zugute kommt.

Interview: RALPH SCHWEINFURTH

Auch 2017 gibt es einen erhöhten Sozialhilfe-Regelsatz

## Mehr Geld für Münchner

Auch 2017 bekommen Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige in Stadt und Landkreis München im Rahmen der Anpassung an die örtlichen Leistungen einen erhöhten Sozialhilfe-Regelsatz vom Bezirk Oberbayern. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen vom Bezirk Oberbayern Eingliederungshilfe oder Hilfe zur Pflege erhalten.

Im Landkreis München liegt der Regelsatz für Hilfeempfänger des Bezirks Oberbayern in der Höchststufe erneut bei 433 Euro – ein Fuß von 24 Euro gegenüber dem bundesweit festgelegten Betrag von 409 Euro. In der Stadt München klettert der Regelbetrag in der Höchststufe auf 430 Euro (plus 21 Euro). Auch das Taschen-

geld geht nach oben: in München auf 116,10 Euro; im Landkreis liegt es bei 116,91 Euro.

Die Anpassung an den erhöhten Regelsatz von Stadt und Landkreis München erfolgt alljährlich vor dem Hintergrund, dass dort die Lebenshaltungskosten deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Stadt und Landkreis erhöhen deshalb als örtliche Sozialhilfeträger die bundeseinheitlichen Regelsätze. „Menschen mit Behinderung oder Pflegebedürftige, die ihre Leistungen vom Bezirk beziehen, dürfen nicht schlechter gestellt sein als Sozialhilfeempfänger von Stadt und Landkreis“, so Bezirksstagspräsident Josef Mederer. Im übrigen Oberbayern gelten die Regelsätze des Bundes. > E.B.

Das Bezirkskrankenhaus Passau platzt aus allen Nähten

## „Erweiterung zwingend notwendig“

Einen „zwingenden Bedarf zur Erweiterung des Bezirkskrankenhauses Passau“ sehen sowohl Krankenhausdirektor Gerhard Schneider als auch Leitender Arzt Markus Wittmann, Oberarzt Stefan Wosnik, Pflegedienstleiter Jürgen Frohnmair und die Qualitätsbeauftragte Martina Lösl.

„Die Auslastung liegt bei allen Abteilungen bei rund 100 Prozent; teilweise aber sogar bei 113 Prozent – dies war im Juli der Fall“, berichtete Martina Lösl. „Immer wieder müssen wir Passauer Bürger ins BKH Mainkofen verlegen, da wir hier in Passau voll belegt sind. Und wir haben Wartelisten für jede Station; sogar für die beschützte, also die geschlossene Station.“ Dies be-

stätigte auch Krankenhausdirektor Schneider: „Obwohl es in Passau ein Bezirkskrankenhaus gibt, werden in Mainkofen mehr Passauer Patienten behandelt als in Passau selbst, da das BKH Passau permanent voll belegt ist.“

„Auch die Übernahme von Patienten aus dem Klinikum Passau ins Bezirkskrankenhaus ist teilweise nicht möglich, da wir voll belegt sind. Diese Patienten müssen dann auch ins Bezirksklinikum Mainkofen gefahren werden“, weiß Oberarzt Wosnik. Für rund 650 Patienten jährlich, die im Klinikum Passau behandelt werden, werden die Fachärzte des Bezirksklinikums zur Konsultation, dem sogenannten ärztlichen

Konsil, angefordert. Für die Region Passau hat Wittmann aktuell einen Bedarf von 140 stationären BKH-Betten ermittelt. Derzeit gibt es in Passau 60 vollstationäre BKH-Betten sowie 20 teilstationäre Behandlungsplätze. „In Passau können wir den notwendigen regionalen Versorgungsbedarf derzeit nicht abdecken“, so Wittmann. „Die Bevölkerungsentwicklung macht es zum Beispiel auch notwendig, dass eine Gerontostation eingerichtet wird.“ Gerontopsychiatrische Stationen sind auf die Behandlung von Menschen jenseits des 70. Lebensjahres, die an Demenz- oder depressiven Erkrankungen leiden, spezialisiert.

Der Bezirk Niederbayern plant, das BKH Passau in den kommenden Jahren weiter auszubauen. Die Pläne des Bezirks Niederbayern für das BKH Passau sehen unter anderem vor, dass das BKH Passau um insgesamt 50 Planbetten in der Erwachsenenpsychiatrie erweitert wird, indem 50 Planbetten des Bezirksklinikums Mainkofen nach Passau verlagert werden. Die Erwachsenenpsychiatrie am BKH Passau soll um eine Station der Gerontopsychiatrie und um eine Station für Abhängigkeitserkrankungen ergänzt werden. Außerdem soll eine stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie am BKH Passau entstehen. > E.B.